

Avanti ²

ISO Rhein-Neckar

Auftakt der „Seebücke“ – Demo in Mannheim am 14. Juli 2018.



Foto: Avanti?

Antikriegstag 2018: Nach Rüstung droht Krieg Schluss mit Waffenexporten und Kriegseinsätzen!

M. G.

Vor hundert Jahren bereitete die Novemberrevolution 1918 in Deutschland dem Ersten Weltkrieg ein Ende. Das war bis heute die bedeutendste Antikriegsbewegung auf deutschem Boden.

Mutige Matrosen, Soldaten und ArbeiterInnen stoppten das Massenmorden und die deutsche Militärmaschinerie. Sie waren beeinflusst von der Oktoberrevolution 1917 und haben Karl Liebknechts Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ aufgegriffen. Sie stürzten die Monarchie und ermöglichten die große Chance auf eine friedliche Zukunft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Ihre Kampfmittel waren die Meuterei, der Streik, die revolutionäre Erhebung – gegen die alten herrschenden Klassen.

Dass ihr Aufstand von ihren sozialdemokratischen „Führern“ gemeinsam mit kaiserlichen Militärs und Vorboten der Nazi-Bewegung brutal unterdrückt wurde, das steht auf einem anderen Blatt.

Und heute? Die Kriegsursachen existieren nach wie vor. In Anlehnung an den preußischen Strategen Carl von Clausewitz können wir sagen: Der Krieg ist nicht nur die Fortsetzung der Politik, sondern auch der Wirtschaft mit anderen Mitteln. Der weltweite Konkurrenzkampf nationaler Bastionen des Großkapitals wird seit einiger Zeit in einen immer offeneren Wirtschaftskrieg überführt.

Ergänzt wird diese bedrohliche Entwicklung durch einen neuen Wettlauf um Hochrüstung. Hierzulande sollen 2018 die Rüstungsausgaben um 4,32 % auf 38,5 Mrd.€ steigen. Die Aktienkurse der Waffenschmieden sind auf Bergfahrt.

Die Umsetzung des NATO-Ziels „2 % des Bruttoinlandsprodukts“ für Rüstung bedeutet 30 Milliarden Euro Mehrausgaben pro Jahr.

Dieses Geld wird die Bundesregierung auf unsere Kosten durch weitere Kürzungen in Bereichen wie Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz, Kultur und Soziales finanzieren wollen. Das lehnen wir ab.

Wir fordern stattdessen das sofortige Verbot des Rüstungsexports und die Umstellung der Kriegswaffenherstellung auf die Produktion ziviler Güter unter demokratischer Kontrolle der Belegschaften!

Im Grundgesetz steht, dass die Bundeswehr nur der Landesverteidigung dient. Doch gemäß der herrschenden Politik werden deutsche Interessen auch am Hindukusch und im Sudan „verteidigt“.

Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp der grundgesetzwidrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Die Bundeswehr als stehendes Heer und Berufsarmee ist außerdem eine Bedrohung für Demokratie und Freiheit. Es muss verhindert werden, dass der Reaktion ein solches Mittel gegen streikende ArbeiterInnen und demonstrierende Bevölkerungsteile zur Verfügung steht.

Wir fordern deshalb in der guten Tradition der Revolutionäre von 1918 die „Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr“! Oder mit anderen Worten: Die Ersetzung der Bundeswehr durch ein demokratisch organisiertes und kontrolliertes, auf bloße Landesverteidigung ausgerichtes Milizsystem nach Schweizer Vorbild! ■

Liebe Leserinnen und Leser,

die Septemberrnummer *Avanti*² setzt sich mit brisanten Themen auseinander, die ansonsten kaum beachtet werden.

Zum einen fragen wir beim Thema Asbest nach, zum anderen befassen wir uns erneut mit den illegalen Angriffen auf Betriebsräte und mit weiteren Vorschlägen für konsequente Betriebsratsarbeit.

Leider ist unser Autor Manuel Kellner derzeit gesundheitsbedingt außer Gefecht gesetzt. Wir wünschen ihm gute

Besserung! Dennoch können wir die Reihe „Marx 200“ mit einem Bericht aus Trier, der Geburtsstadt des alten Karl, fortsetzen.

Wir hoffen auf Euer Interesse an diesen und den anderen Themen und wünschen Euch einen guten Start in den Spätsommer.

Eure Redaktion

INHALT

TITEL	SOLIDARITÄT
01 ANTI-KRIEGSTAG 2018 Nach Rüstung Krieg?	08 MANNHEIM Solidaritätsfest mit Entwicklungspotenzial?
LESERBRIEF	SEMINAR
02 LESERBRIEF Die Verkommenheit der Flüchtlingspolitik	08 SEMINAR „Marktkonforme“ oder direkte Demokratie
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	MARX 200
03 ASBEST Ein unendlicher Skandal?	09 TRIER Erhellendes zu Karl Marx?
04 KONFERENZ BR im Visier	RÜCKBLLENDE / TERMINE
05 DGB Was tun gegen BR-Mobbing?	10 RÜCKBLLENDE 80 Jahre IV. Internationale
06 BR-ARBEIT Richtig organisieren (Teil II)	10 TERMINE

Leserbrief

Liebe Genossinnen und Genossen,

Euer Artikel in der letzten *Avanti*², den Ihr auch als Flugblatt veröffentlicht habt, ist ausgezeichnet!

Ich denke, die grassierende Fremdenfurcht ist Ausdruck des „schlechten Gewissens“ der Wohlstandsoasen-Bewohner, die wissen, dass sie in einer höchst privilegierten Situation inmitten einer sich ausbreitenden Weltwüste des Elends und der Kriege leben, und die ahnen, dass diese Welt-Unordnung unhaltbar ist. Die Regierungen & Parteien, die auf der Angstwelle reiten, leben, soweit sie „Erfolg“ haben, in und von der Illusion, man könne dies „Problem“ lösen, indem man die Oasen einfach abriegelt und die „Wüsten“-Bewohner zwar ausbeutet, aber ansonsten sich selbst überläßt. Die Verwandlung der höchstentwickelten „westlichen“ Wirtschaftsgesellschaften in „gated communities“ oder Festungen ist (seit Samjatin [1884-1937, russischer Revolutionär und Schriftsteller]) von den Verfassern der bedeutenden Dystopien [negative Utopie] vorausgesehen worden.

Der reale Bau von Mauern und Grenzanlagen, Stacheldrahtverhau, die Planung von riesigen Internierungslagern in Nordafrika, die Steigerung der Militärausgaben zur Schaffung von global einsetzbaren, multinationalen Interventionsarmeen etc. etc. wird begleitet von dem „humanitären“ Geschwafel, man müsse und werde (selbstverständlich auch) die „Ursachen“ von Massenflucht und Migration „bekämpfen“, auch wenn man vorläufig hofft, dass viele Kriegs- und „Wirtschaftsflüchtlinge“ in der Sandwüste verdursten oder in der Wasserwüste ersaufen, und dass das genügt, um Hunderttausende davon abzuschrecken, es auch zu versuchen,

in die Länder zu kommen, in denen Milch und Honig fließt.

Von der „Ursachen-Bekämpfung“ sprechen alle Sonntagsredner, von Mme. Mogherini bis zu Frau Merkel, nicht aber die knallharten Festungskommandanten von Orban bis Salvini (und zu unserem Heimatdichter, dem Innenminister Seehofer).

Besagte „Ursachen-Bekämpfung“ würde bedeuten, mit einer Umverteilung des Weltreichtums zu beginnen, um die „ungleichmäßige Entwicklung“ der Länder und Kontinente seit Beginn der kapitalistischen Entwicklung zu korrigieren. Würden also, sagen wir ab 2020, jährlich 10 % des BIP der „reichen Länder“ für eine „Entwicklungshilfe“, die greift, verausgabt, dann dürfte es sich bei der Ursachenbekämpfung um einen Prozess von 100 Jahren handeln.

Das traut sich niemand zu sagen, da Mehrheiten der Bevölkerung der Oasenländer schon durch das Eintreffen der ersten Vorhutgruppen von Kriegs-, Dürre-, Hunger- und Elendsflüchtlingen an den Toren Europas und Amerikas „verunsichert“ (!) sind und in Panik geraten. Diesen Mehrheiten ist es einstweilen egal, ob sich die wenigen parlamentarischen Demokratien (die bisher die Menschen- und Bürgerrechte zumindest formell gewahrt haben) infolge der laufenden Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen ruinieren und sich in autoritäre (Wohlstands-)Regime verwandeln - in Gestalt von Nationalstaaten oder „Blöcken“, die ihre Grenzen dichtmachen und Wirtschaftskriege gegeneinander führen, wie es die Imperialismustheoretiker vor 100 Jahren prognostiziert haben...

Gruß aus Wien!

Helmut

Asbest

„Immer noch ein Killer“

Am 1. August 2018 fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus eine hochinteressante Asbest-Tagung statt. Fast 100 Betroffene und ihre Angehörigen, engagierte GewerkschafterInnen, MedizinerInnen und WissenschaftlerInnen nahmen teil.

Einerseits beleuchteten verschiedene Beiträge den Umgang mit asbestbedingten Berufskrankheiten. Andererseits kam die bis heute andauernde Vertuschung und Verharmlosung eines Massenmordes aus Profitgier zur Sprache.

Mit der Konferenz trat erstmals die neu gegründete *Asbestose Selbsthilfegruppe Baden-Württemberg* öffentlich in Erscheinung. *Avanti*² sprach danach mit dem Initiator Klaus Schuhmann, einem langjährigen Aktiven des IG Metall-Arbeitskreises Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz Mannheim-Heidelberg.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts warnte die englische Fabrikinspektion vor Asbest. Millionen Menschen sind dieser „Wunderfaser“ bis heute weltweit zum Opfer gefallen. Warum wurde sie erst 1993 in Deutschland verboten?

K.S.: In der Tat wurde bereits 1936 die Asbestose in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommen, da man um die tödlichen Gefahren und ihre zunehmende Ausbreitung wusste. Spätestens damals hätten wirkliche Schutzmaßnahmen für Arbeiterinnen und Arbeiter ergriffen werden müssen.

Es gibt mehrere asbestbedingte Atemwegserkrankungen: Asbestose, Kehlkopf- und Lungenkrebs, Krebs der Eierstöcke (der Frau) und das besonders aggressive Mesotheliom. Ferner wird der Krebs von Atemwegsorganen durch die Verbindung von Asbest und PAK (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe) verursacht. Andere Erkrankungen von Bauchorganen sind ebenfalls möglich.

Die Asbestindustrie hat mit Hilfe ihrer Lobbyverbände sowohl die öffentliche Meinung als auch die Politik beherrscht und immer wieder das Thema Asbest heruntergespielt. 1973 hat die Asbestindustrie eine Geheimkonferenz in London abgehalten mit dem Ziel, Asbestprodukte so lange wie möglich in Deutschland und Europa zu vermarkten. Es handelt sich um den größten Industrieskandal des 20. Jahrhunderts.

Können wir uns 25 Jahre nach dem Asbestverbot nicht beruhigt zurücklehnen?

K.S.: Nachweislich sterben auf der Erde mehr als 100.000 Menschen pro Jahr elendig an den Folgen des Kontakts mit asbesthaltigen Fasern. Die Dunkelziffer ist jedoch erheblich höher!

Auch hierzulande kann es keine Entwarnung geben. Sowohl die Neuerkrankungsraten als auch die Sterbestatistiken sprechen für sich. Eine Trendwende wird erst nach 2025 erwartet, da die durchschnittliche La-

tenzzeit (vom Einatmen von Asbestfasern bis zum Ausbruch der Krankheit) über 32 Jahre dauern kann. Die Erkrankten befinden sich fast ausnahmslos in Rente. Ein Freund von mir berichtete, dass sein letzter Kontakt 45 Jahre her gewesen sei, bevor sein Mesotheliom ausgebrochen ist.

Das enorme Problem asbestbedingter Erkrankungen ist den zuständigen Berufsgenossenschaften bekannt. Warum lehnen sie dann aber die große Mehrzahl der Anträge auf Anerkennung als Berufskrankheit ab?

K.S.: Es ist für uns unverständlich, dass eine Berufsgenossenschaft ihre Beiträge nach unten korrigiert und gleichzeitig die Erkrankungsraten ansteigen. Bei der schlimmsten Erkrankung, dem Mesotheliom, überleben die meisten Betroffenen nicht einmal die nächsten 12 Monate. Die Wissenschaft lehrt uns, dass es diese Krebsart nur bei Kontakt mit Asbest gibt. Es geht anscheinend nur um eines - nämlich *Cash, Cash, Cash!*

Wie kann der erforderliche Druck aufgebaut werden, um diesem unglaublichen Skandal ein Ende zu bereiten?

K.S.: Eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung muss her, also eine politische Lösung! Nach geltendem Recht liegt der Nachweis von Berufskrankheiten beim Betroffenen selbst. Leider. Unsere Vereinsmitglieder sind der Auffassung, dass nur die Beweislastumkehr, wie in den USA üblich, eine gravierende Verbesserung für die Betroffenen bringt. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften mehr Druck als bisher aufbauen.

Handeln die Gewerkschaften bei diesem Thema konsequent?

K.S.: Der Zwang zum Handeln ist gegeben, aber nur im sparten- und grenzübergreifenden Schulterschluss aller Gewerkschaften können wir erfolgreich sein. Hier muss mit einer Sprache gesprochen und konsequent gehandelt werden. Nur so können wir die Situation von

tausenden Leidtragenden verbessern. Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge, raubt eine asbestbedingte Erkrankung etwa 13 Jahre Lebenszeit.

Dennoch muten die Berufsgenossenschaften und ihre „Gutachter“ vielfach den frischoperierten und erschöpften Menschen einen Prozessmarathon zu, um die Anerkennung einer Berufserkrankung durchsetzen zu können.

Welche konkreten Ziele hat die neue Asbestose Selbsthilfegruppe Baden-Württemberg, und was plant sie für die nächste Zeit?

K.S.: In der nächsten Zeit sind wir aktiv mit Info-Ständen vertreten z.B. bei den Ehrenamtstagen in der Pfalz oder bei Fortbildungsveranstaltungen des Sozialverbandes VdK. Wir beraten individuell. Wir begleiten Betroffene und deren Familienangehörige. Unsere Treffen sind öffentlich zugänglich und finden an jeden 2. Montag des Monats von 15.00 bis 16.30 Uhr in den Räumen des Gesundheitstreffpunktes Mannheim, Max-Joseph-Str. 1, statt. Neben Betroffenen sind uns auch Angehörige oder Gäste willkommen, die sich informieren möchten.

[Die Fragen stellte W.A.] ■



Klaus Schuhmann auf der Asbest-Tagung am 1. August 2018 in Mannheim.

Kontakt zur Asbestose Selbsthilfegruppe Baden-Württemberg:

Tel.: 06203.43897 - E-Mail: asbestose.shg.bw@gmail.com

www.asbesterkrankungen.de

„Betriebsräte im Visier“

Erneute Konferenz in Mannheim

S. G.

Bereits zum fünften Mal findet am Samstag, dem 13. Oktober 2018, im Mannheimer Gewerkschaftshaus die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt.

Wie der Veranstalter, das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, mitteilt, sehen von Bossing und Mobbing betroffene Betriebsratsmitglieder das Treffen in der nordbadischen Quadratedstadt „als sehr bedeutsame Unterstützung für ihren Überlebenskampf“ an.

Auf der letzten Tagung am 14. Oktober 2017 haben die teilnehmenden KollegInnen in einer EntschlieÙung betont:

„Es ist positiv, dass einzelne Gewerkschaften [...] auf ihren Gewerkschaftstagen Beschlüsse zum Kampf gegen BR-Mobbing gefasst haben. Aber diese müssen konsequent umgesetzt und Politik, Justiz und Unternehmen in die Verantwortung genommen werden. [...]

Wir fordern die Einzelgewerkschaften auf, Opfern von BR-Mobbing unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren.

Wir erwarten von unseren Gewerkschaften und dem DGB, dass sie hartnäckig streiten für:

- die systematische Erfassung und juristische Verfolgung aller Fälle von BR-Mobbing
- die Bildung spezieller Schwerpunktstaatsanwaltschaften
- das Durchsetzen eines wirksamen Anti-Mobbing-Gesetzes
- das Unterbinden von BR-Mobbing durch die Unternehmerverbände in ihren Mitgliedsfirmen
- den Entzug der Zulassung der „Unrechtsanwälte“, die das Recht nicht pflegen, sondern missachten, zumindest für das Gebiet des Arbeitsrechts
- die Bildung schneller gewerkschaftlicher Einsatzgruppen, die die umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.“

Auf der diesjährigen Konferenz sollen erfolgreiche Strategien und praktische Beispiele des Widerstands gegen Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung behandelt werden.

Isaf Gün und Heike Madan vom IG Metall Vorstand in Frankfurt/Main referieren zu *Gewerkschaftliche Gegenwehr – Vom Beschluss zur Praxis?*

Betriebsratsmitglieder aus verschiedenen Branchen und Unternehmen berichten von ihrem erfolgreichen Widerstand. Dazu gibt es zwei Podien: zum einen *BR-Wahlen 2018 – Wie Behinderungen wirksam bekämpfen?* und zum anderen *BR-Mobbing – Wie erfolgreich wehren?*

Ein weiteres Thema wird die Auseinandersetzung mit den schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen von Bossing sein. Dr. med. Gerhard Bort (Regierungspräsidium Stuttgart) spricht zu *Gesundheitliche Folgen von BR-Mobbing – Welcher Schutz ist möglich?*

Vor allem aber soll die Tagung betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein nützliches Forum zum solidarischen Erfahrungsaustausch und zur wirksamen Vernetzung sein. Deshalb ist nicht nur Raum

für Diskussionen im Plenum, sondern auch für das informelle Gespräch.

Ein Musikprogramm und das schon traditionelle gemeinsame Abendessen runden die Zusammenkunft ab.

Die Konferenz wird unterstützt durch IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Mannheim / Rhein-Neckar West, IG BCE Weinheim, ver.di Rhein-Neckar, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar und work-watch Köln. ■

Anmeldung

Per E-Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

Infos

www.gegen-br-mobbing.de

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Was tun?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Isaf Gün und Heike Madan (IG Metall Vorstand),
Dr. med. Gerhard Bort (Regierungspräsidium Stuttgart)
und vielen anderen

Samstag, 13. Oktober 2018

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Mannheim / Rhein-Neckar West
IG BCE Weinheim, ver.di Rhein-Neckar, Überbetriebliches
Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 31.07.2018)

DGB Baden-Württemberg zu BR-Mobbing

Ein Fortschritt

H. N.

Auf Initiative des DGB-Kreisverbands Mannheim/Rhein-Neckar West befasste sich die diesjährige 21. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg auch mit dem Thema BR-Mobbing.

Der dort angenommene Antrag A002 „Aktiv gegen Mobbing von Betriebs- und Personalräten“ benennt sehr gut wesentliche gewerkschaftliche Aufgaben. In dem Punkt Bekämpfung von „Anwaltskanzleien und [...] „Beraterfirmen“ geht er sogar über die entsprechende Beschlusslage des IGM-Gewerkschaftstages vom Oktober 2015 hinaus.

Wir dokumentieren im Folgenden den Wortlaut des von den Delegierten in Stuttgart am 27. Januar 2018 gefassten Beschlusses:

1. Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg greift das Thema Betriebsratsmobbing in seiner landespolitischen Arbeit unter der Überschrift „Offensive Mitbestimmung“ auf.

2. Die Themen „Union Busting“ im Allgemeinen und BR-Mobbing im Besonderen werden als Lernmodule in die Bildungsarbeit des DGB Bildungswerks Baden-Württemberg für haupt- und ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre aufgenommen.

3. Der DGB-Bezirk nutzt die eigenen Schulungsangebote für ehrenamtliche Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter der DGB-Gewerkschaften regelmäßig, um auf das Thema BR-Mobbing aufmerksam zu machen und so die Arbeitsgerichtsbarkeit entsprechend sensibilisieren zu können.

4. Der DGB nimmt Kontakt mit den Präsidenten der verschiedenen Ebenen der Arbeitsgerichtsbarkeit auf, um diese für die Problematik des BR-Mobbings zu sensibilisieren und fordert die Weiterbildung der Richterinnen und Richter zu diesem Thema.

5. Gewerkschaftsnahe Initiativen gegen BR-Mobbing sowie der Austausch und die Vernetzung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden unterstützt.

6. Der DGB-Bezirksvorstand setzt sich bei der Landesregierung dafür ein, entsprechende Fälle von BR-Mobbing zu thematisieren und alle Anstrengungen zu unternehmen, um den gesetzeswidrigen

Angriffen auf unsere betrieblichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger Einhalt zu gebieten.

7. Der Mannheimer Appell „Gemeinsam gegen Mobbing von Betriebsräten!“ wird im DGB-Bezirk Baden-Württemberg verbreitet und unterstützt und auch auf die Bundesebene durchgestellt.

8. Der DGB Bezirksvorstand setzt sich auf der Bundesebene dafür ein, dass:

a. ausreichende politische und organisatorische Kapazitäten im DGB bzw. rechtliche Kapazitäten bei der DGB Rechtsschutz GmbH bereitgestellt werden, um betroffene Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Betriebsratsgremien sowie Einzelgewerkschaften bei der Gegenwehr gegen BR-Mobbing wirksam beraten und unterstützen zu können.

b. zusammen mit den Einzelgewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund „Union Busting“ und BR-Mobbing auf Bundes- und Europaebene thematisiert werden, um gewerkschafts- und länderübergreifend gegen diese bedrohliche Entwicklung vorgehen zu können.

c. der Bundesverband der Arbeitgeber sowie die entsprechenden Landesverbände mit aktuellen Vorfällen konfrontiert und zur Be-

kämpfung des BR-Mobbings durch deren Mitgliedsfirmen/Branchenverbände angehalten werden.

d. der DGB in seiner Lobbyarbeit darauf hin wirkt, dass das Mittel der „Verdachtskündigungen“ von Betriebsrätinnen und Betriebsräten durch den Gesetzgeber unterbunden wird und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben ist.

e. sich der DGB in seiner Lobbyarbeit für die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften einsetzt, wie sie auch im Beschluss des Bundesvorstands vom 12.07.2016 (S. 7) vorgeschlagen wird.

f. Anwaltskanzleien und sog. „Beraterfirmen“, die das BR-Mobbing im Auftrag von Unternehmensleitungen organisieren, vom DGB in der Öffentlichkeit wegen ihrer Praktiken nicht nur an den Pranger gestellt, sondern – wo immer möglich – straf- und zivilrechtlich verfolgt werden.

g. in den Medien und Veröffentlichungen des DGB nicht nur über aktuelle Fälle von BR-Mobbing bundesweit berichtet wird, sondern auch deren Hintergründe systematisch analysiert werden. ■



Arbeitsgerichtsprozess wegen der Kündigung von Nora-BR Helmut Schmitt, am 24. August 2012 in Mannheim.

Wie im Betrieb organisieren?

Tipps für konsequente BR-Arbeit (Teil II)*

O. T.

„Was tun nach den Betriebsratswahlen? Organisieren, bilden, kämpfen!“ – So nannten wir unser sehr positiv bewertetes Seminar für Aktive in Betrieb und Gewerkschaft. Wir veröffentlichen im Folgenden den zweiten Teil eines der Referate, das sich auf das Buch *Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin* von Alexandra Bradbury u.a. stützt.

Die Rechtslage für den Betriebsrat

Betriebs- oder Personalräte sowie die Mitglieder des Wahlvorstandes genießen den besonderen Kündigungsschutz, der aber – wie wir wissen – sehr löchrig werden kann. Fühlt Euch also nicht zu sicher.

Die Realität zeigt, dass KapitalistInnen und ihre Handlanger immer wieder versuchen, Betriebsratswahlen zu verhindern oder Betriebsräte, die ihnen nicht passen, loszuwerden. Genau wie für gewerkschaftlich Aktive gilt: Personal- oder Betriebsräte dürfen nicht bevorteilt oder benachteiligt werden.

Ein wichtiger Unterschied zu Vertrauensleuten ist, dass Betriebs- und Personalräte alle Beschäftigten vertreten und den

„Betriebsfrieden“ wahren müssen. Sie können auch klar Flagge für die Gewerkschaft zeigen, allerdings nicht in ihrer Funktion als gewählte Interessenvertretung – sie müssen dann deutlich machen, dass sie als Gewerkschaftler sprechen.

Die Rechtslage für die Gewerkschaft

Die zuständige Gewerkschaft hat das Recht auf Zutritt zum Betrieb, um Euch zu informieren und um weitere Mitglieder zu werben. Sie hat Rederecht auf den Betriebs- bzw. Personalversammlungen und kann im Rahmen ihres Teilnahme- und Beratungsrechts an Betriebsratssitzungen teilnehmen (sofern ein Viertel der Mitglieder das beantragen).



Protest bei Alstom Mannheim, 13. Mai 2014.

Foto: helmut-roos@web.de.

Die Gewerkschaft hat auch eine Kontrollaufgabe: Sie kann Betriebsratswahlen anfechten, einen Antrag auf Amtsenthebung des Betriebsrats oder einzelner Betriebsratsmitglieder sowie Strafantrag gegen das Unternehmen stellen, wenn Rechte gebrochen werden (z. B. bei Behinderung der Betriebsratswahl, bei Behinderung oder Störung der Betriebsratsstätigkeit, bei Benachteiligung oder Begünstigung von Betriebsratsmitgliedern).

Das persönliche Gespräch ist entscheidend

Menschen für ihre Interessen zu aktivieren, geht nicht ohne das persönliche Gespräch.

Um was geht es dabei? Was ist die Zielsetzung? Ihr möchtet, dass KollegInnen begreifen: Es gibt ein Problem, das zu lösen ist. Es gibt EntscheidungsträgerInnen, die die Macht haben, das Problem zu beheben. Die EntscheidungsträgerInnen werden das Problem aber nicht beheben, solange sie nicht dazu gedrängt werden. Wenn KollegInnen das Problem wirklich gelöst haben wollen, müssen sie sich Euch anschließen und aktiv werden.

Das jeder Person im Detail zu erklären, wäre nicht besonders effektiv. Stattdessen gilt es, die richtigen Fragen zu stellen, so dass jeder/jede die Antworten selbst erkennt und selbst ausspricht. Wir tendieren nämlich dazu, uns eher an das zu erinnern, was wir selbst gesagt haben, und nicht an das, was andere Personen uns erzählt haben.

Wie das Gespräch führen?

1. Fangt an Fragen zu stellen – und hört auf die Antworten.

Dadurch kann mensch besser verstehen, was Einzelne beschäftigt.

2. Ihr müsst agitieren (aufwühlen, Bewusstsein für das Problem schaffen).

Reagiert auf das, was sie Euch erzählen, und fragt weiter nach. Durch Eure Reaktion helft Ihr der anderen Person, sich im Recht zu fühlen, wütend zu sein.

3. Findet den Schuldigen.

Lasst sie darüber reden, wer für den Missstand verantwortlich ist. Oft denken wir, unsere Probleme sind eben so, wie die Umstände es bestimmen. Zu begreifen, dass schlechte Bedingungen nicht einfach vom Himmel fallen, kann ermächtigend sein. Wenn jemand eine Entscheidung getroffen hat, die zu einer Schweinerei geführt hat, dann kann dieser Jemand die Entscheidung auch wieder aufheben.

4. Entwerft einen Plan.

Jetzt, wo Deine Kolleginnen wütend sind, ist es Zeit, ihnen Hoffnung zu geben. Hoffnung kommt vom Wissen über die Macht vieler Menschen und die Wirksamkeit eines durchsetzbaren Plans. So macht Ihr Euer Problem zu einem Problem des Entscheidungsträgers.

5. Holt euch eine Zusage.

Bittet die Kolleginnen, Teil der Lösung zu werden, indem sie bestimmte Aufgaben übernehmen. Wenn sie Angst haben, erkennt an, dass es reale Gründe für diese Angst geben kann. Aber die Dinge würden nicht besser werden, wenn sie nicht aktiv mitmachen. Eure Aufgabe ist es nicht, sie davon zu überzeugen, dass ihre Ängste unberechtigt sind. Sondern dass sie trotzdem aktiv werden müssen. Wenn ihr Euch auf die Dinge bezieht, die sie selbst geäußert haben, könnt Ihr ihnen am ehesten über die Angst hinweghelfen. Nicht aber wenn Ihr versucht, ihnen eine Aktion „zu verkaufen“.

6. „Impfen“ und erneute Zusage.

Jetzt sind KollegInnen dabei – aber wissen sie wirklich, worauf sie sich eingelassen haben? Fragt sie, wie ihrer Ansicht nach das Management auf die Aktion reagieren wird. Wenn es eine mögliche Gefahr gibt, über die sie noch nicht nachgedacht haben, warnt sie davor. Sprecht über die möglichen Folgen. Fragt sie anschließend erneut, ob ihr auf sie zählen könnt.

Dieser Teil hört sich vielleicht so an, als würdet ihr den Erfolg des Gesprächs gefährden. Ihr seid so weit gekommen, Kolleginnen möchten aktiv werden – und jetzt versucht Ihr, es ihnen wieder auszureden? In Wirklichkeit ist das eine Impfung gegen die Attacken des Unternehmers. Genauso wie bei der Impfung gegen einen Virus, versucht Ihr ihnen an dieser Stelle zu helfen, indem Ihr ihnen eine Vorstellung davon gebt, was auf sie zukommen könnte: Durch Eure Vorbereitung auf die Situation wird es sie nicht umwerfen, wenn das Management tatsächlich so reagiert. Die richtige Vorhersage wird sogar eure Glaubwürdigkeit steigern.

7. Macht das nächste Treffen klar.

Vereinbart den nächsten Schritt, und wann ihr das nächste Mal miteinander sprecht. Macht Euch bewusst, dass Ihr nicht nur diese eine Aktion durchführen wollt. Ihr möchtet die KollegInnen Stück für Stück näher ans Zentrum der Zielscheibe bringen und ein beständiges Kommunikationsnetzwerk aufbauen. Ihr versucht kollektives und organisiertes Aufbegehren als eine selbstverständliche und normale Sache im Betrieb zu etablieren.

Vier wichtige Dinge, die zu beachten sind

Damit jemand aktiv wird, braucht es:

Wut – Da ist eine Ungerechtigkeit. Wir müssen das ändern.

Hoffnung – Veränderung ist möglich. Wir können das beheben. Hier ist unser Plan.

Dringlichkeit – Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Wir können nicht länger warten.

Dich – Du kannst das verändern. Deine Teilnahme ist wichtig.

Weitere Grundsätze

Ihr könnt natürlich nie sicher sein, ob Ihr gewinnen werdet. Aber es ist möglich zu sagen, ob Ihr eine Chance habt. Ihr müsst Eure Forderungen an Eure aktuell existierende Macht koppeln.

Um zu gewinnen, müsst Ihr es dem „Entscheider“ schwerer machen, bei seinem „Nein“ zu bleiben als „Ja“ zu sagen. Je mehr Druck Ihr aufbauen könnt, umso mehr Themen werden durchsetzbar.

Macht Euch bewusst, inwieweit der jeweilige Kampf Euch für zukünftige Auseinandersetzungen stärken wird.

Wird dieses Thema weitere KollegInnen anziehen, die bisher noch nicht beteiligt sind? Wird es die Solidarität zwischen Gruppen befördern? Wird es Euch die Chance geben, einen Schritt weiter zu gehen als bisher? Wird die Lösung die Grundlage für weitere Verbesserungen in der Zukunft schaffen?

Jeder Kampf sollte auf dem vorigen aufbauen. Es passiert häufig, dass wir nicht das erreichen, wofür wir gekämpft haben – wir sind nun aber schlauer und besser organisiert. Das erhöht unsere Chance, dass wir das nächste Mal gewinnen.

* [Teil I in *Avanti*² Nr. 47/48.]
[Fortsetzung folgt.]

Mannheim-Neckarstadt „1. Fest der Solidarität“

K. M.

■ Gemeinsam gegen Rassismus, Ausgrenzung und Krieg“ – so lautete das Motto des „1. Fest[s] der Solidarität“. Es fand am Samstag, dem 14. Juli 2018, auf dem Neckarstädter Neumarkt statt.

Die Initiative dazu hatte DIDF Mannheim ergriffen. Ein Organisationskreis entwickelte das Konzept und traf die Vorbereitungen für die Veranstaltung. Sie wurde letztlich von mehr als 30 Initiativen, Organisationen und Parteien – darunter die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar – unterstützt.

Mehrere hundert Menschen schauten an den Infoständen der verschiedenen Gruppen vorbei. Viele lauschten dem vielfältigen Programm mit Reden und Kultur, andere führten angeregte Diskussionen. Alle aber genossen einfach einen sonnigen Tag und stärkten sich mit Speis' und Trank'.

Nach diesem erfolgreichen Start wird es sicherlich eine Fortsetzung im nächsten Jahr geben. ■



Solidaritätsfest Mannheim-Neckarstadt am 14. Juli 2018.

Foto: Avanti².

„Marktkonforme“ oder direkte Demokratie? Räte – das verdrängte Erbe der Pariser Kommune

O. G.

Die parlamentarische Demokratie ist nur anscheinend die unabhängige und „alternativlose“ Form bürgerlicher Herrschaft. Durch die zunehmende Konzentration von Macht und Kapital in den Händen weniger Ultrareicher werden unsere Grund- und Menschenrechte immer mehr bedroht. Populistische Regime und Diktaturen sind weltweit auf dem Vormarsch.

Noch machen die Anzeichen einer globalen Wirtschaftskrise einen Bogen um Deutschland. Doch das kann sich ändern. Die Bundeskanzlerin fabuliert bereits von der „marktkonformen“ Demokratie – ohne dass es einen massenhaften Aufschrei gibt.

Es ist deshalb Zeit, sich Gedanken über grundlegende Alternativen zu machen. Dabei hilft ein Blick auf die Geschichte der Klassenkämpfe im Allgemeinen und auf die Pariser Kommune von 1871 im Besonderen.

Sie war aus freien Wahlen hervorgegangen. Die Abgeordneten der verschiedenen politischen Gruppierungen waren ihren Wählern (damals leider nur den Männern) rechenschaftspflichtig. Sie konnten jederzeit abgesetzt werden und erhielten einen durchschnittlichen Arbeiterlohn.

Karl Marx nannte die Pariser Kommune „eine Regierung der Arbeiterklasse, [...] die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

Trotz der brutalen Unterdrückung der Kommune durch die herrschende Klasse Frankreichs und ihrer preußischen Unterstützer war die Idee einer direkten Demokratie nicht zu vernichten.

Unter anderem 1905 und 1917 in Russland, 1918 und 1919 in Deutschland (Berlin, Bremen, Mannheim, München ...), 1919 und 1956 in Ungarn, 1919 in der Slowakei oder 1920/21 im Iran bildeten sich Räte.

Die IV. Internationale verteidigt seit ihrer Gründung dieses Erbe gegen alle Formen bürokratischer und kapitalistischer Herrschaft. Aber ist es auch heute noch aktuell? Wie könnte eine moderne Räte Demokratie aussehen? Welche Vorteile hat sie gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus auf der Basis von Profitwirtschaft?

Diese und andere Fragen möchten wir gerne mit allen Interessierten auf unserem spätsommerlichen Seminar diskutieren. Es findet am Samstag, dem 29. September 2018, von 13 bis 19 Uhr in Mannheim statt. ■

Weitere Infos und Anmeldung bitte direkt über unsere GenossInnen oder über ISO Rhein-Neckar:

Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim,

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54, Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Spurensuche in Trier Besuch bei Marx

E. B.

Eine bunte Schar jüngerer und jung gebliebener Menschen machte sich am 7. Juli 2018 auf den Weg nach Trier. Ein Besuch der Geburtsstadt von Karl Marx war im Jubiläumsjahr des alten Weltveränderers für die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar ein Muss. Nicht um einem Personenkult zu huldigen, sondern um unser kritisches Wissen über einen der Urväter der internationalen ArbeiterInnenbewegung zu erweitern.

Auf den ersten Blick unübersehbar war die öffentliche Vermarktung des Analytikers der kapitalistischen Warenproduktion durch die Tourismus-Branche und den lokalen Einzelhandel.

Unser Programm war anspruchsvoll: Besuch zweier Ausstellungen und Begutachtung des von einem chinesischen Staatskünstler geschaffenen neuen Marx-Monuments. Aber es gab auch genügend Zeit für gemeinsame Erholungspausen und Gespräche in der alten Römerstadt.

Die große Landesausstellung *Karl Marx – 1818-1883 – Leben. Werk. Zeit* bemüht sich ernsthaft um eine umfassende Darstellung der Entwicklung des berühmtesten Sohns der Stadt. Ästhetisch, didaktisch und inhaltlich fundiert lässt sie ein realistisches Bild vor den Augen der BesucherInnen entstehen.

Umso befremdlicher sind einige Bezugnahmen auf reaktionäre und antikommunistische Geschichtsfälschungen. Beispielsweise wird nach altbekanntem Muster der Pariser Kommune von 1871 *en passant* die Verantwortung für ihre blutige Niederschlagung in die Schuhe geschoben. Oder die Bildershow im letzten Ausstellungsraum: Sie reiht umstandslos von der Reaktion ermordete sozialistische RevolutionärInnen wie Rosa Luxemburg oder Ernesto Che Guevara in eine Galerie mit konterrevolutionären, antisozialistischen Massenmördern wie Stalin oder Pol Pot ein. Ein Skandal!

Im Geburtshaus von Karl Marx setzt sich diese Methodik verstärkt fort. Sie ist in der neugestalteten Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung keine Ausnahme, sondern leider eher die Regel. Das Niveau der inhaltlichen Darstellungen ist oft tief von der bürgerlichen Geschichtsschreibung der Zeit des Kalten Kriegs oder der Nachwende geprägt.

Beispiele gefällig? Bitte sehr: Von Marx führe über Lenin eine direkte Linie zu dem Despoten Stalin. Die Oktoberrevolution sei folglich ein Putsch, der „kommunistische“ Gewalt und Diktatur institutionalisiert und die Freiheit in aller Welt bedroht habe. Die verbrecherische Kooperation der SPD-Führung unter Ebert und Noske 1918/19 mit Reichswehr und Freikorps ist mit keinem Wort erwähnt. Auch die Verantwortung der sozialdemokratischen Politik für die krachend gescheiterte Politik des „kleineren Übels“ vor 1933 wird vertuscht. Die Rolle der SPD-Führer bei der Restauration des Kapitalismus nach 1945 oder bei der Durchsetzung der neoliberalen Wende nach 1998 ist ebenfalls kein Thema.

Ein sozialdemokratischer Historiker wie der bedauerlicherweise 2014 verstorbene Hermann Weber hätte sicherlich eine grundlegende Überarbeitung dieser Darstellung eingefordert.

Trotz alledem: Die Spurensuche in Trier war sehr lohnenswert. Wir haben unseren Horizont erweitern können. Nicht um die Welt besser zu interpretieren, sondern um geduldig unseren Beitrag zu ihrer Veränderung zu leisten. ■



Marx als Ampelmännchen in Trier.

Foto: Avanti².

Vor 80 Jahren Die Gründung der IV. Internationale

W. A.

Am 3. September 1938 wurde die IV. Internationale gegründet. Fünf Jahre hartnäckiger Vorbereitungsarbeit hatten ihr trotz vieler und schwerer Rückschläge den Weg geebnet.

1933 erlitten die deutsche und die internationale ArbeiterInnenbewegung eine vernichtende Niederlage. Die Nazidiktatur konnte errichtet werden. Das historische Versagen der SPD und der sozialdemokratischen II. sowie der KPD und der stalinistischen III. Internationale (Komintern) im Kampf gegen den Faschismus war offenkundig geworden.

Für die am 6. April 1930 formell gegründete Internationale Linke Opposition (und späteren Internationalen Kommunistischen Liga - IKL) stand seitdem nicht mehr die Reform der Komintern, sondern der Aufbau einer neuen revolutionären, keineswegs als „trozkistisch“ verstandenen Internationale auf der Tagesordnung.

21 Delegierte der IKL-Sektionen aus elf Ländern hatten sich Anfang September 1938 in Périgny, einem kleinen Nest bei Paris, unter strengster Geheimhaltung versammelt. Aber die Vorsichtsmaßnahmen nutzten wenig. Anwesend war auch Mark Zborowsky alias Étienne, einer der Geheimagenten Stalins.

Auf Stalins Geheiß sollte die Führung der IV. Internationale vernichtet werden. Nicht zuletzt fielen Leo Trotzki und andere Leitungsmitglieder wie Erwin Wolff, Leo Sedow, Rudolf Klement und Heinz Epe dem Mordplan Stalins und seiner GPU-Killer Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre zum Opfer.

Tausende Mitglieder der IV. Internationale wurden in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts politisch verfolgt.

In stalinistischen und faschistischen Gefängnissen und Lagern fielen sie dem jeweiligen Staatsterror zum Opfer. Andere waren in parlamentarischen Systemen der Kapitalherrschaft verhaftet worden.

Im Rückblick grenzt die Geburt und das Überleben der jungen Internationale fast an ein Wunder.

Ungeachtet der Unterdrückung durch eine Welt von Todfeinden beanspruchte die neu gegründete Internationale, ein entscheidender Faktor sein zu können. Sie wollte den erwarteten neuen Aufschwung der Weltrevolution nach dem Ende des schon damals vorhersehbaren 2. Weltkrieges mit vorbereiten und anführen.

Mit der Annahme eines „Übergangsprogramms“, sah sich die Organisation für diese enorme Herausforderung inhaltlich gerüstet. Es beinhaltet eine Strategie der Massenmobilisierung, die am aktuellen Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse anknüpft. Mit Hilfe von Übergangsforderungen soll nicht nur die Logik des Kapitalismus in Frage gestellt werden, sondern eine Brücke von den aktuellen Kämpfen zur Überwindung des Kapitalismus geschlagen werden.

Dieses Ziel ist durch den Kollaps des Stalinismus, die tiefe Krise der Sozialdemokratie und den vermeintlichen Triumph des Kapitalismus nicht überholt. Im Gegenteil! Gerade heute ist die demokratische und sozialistische Alternative zur Herrschaft des Kapitals aktueller denn je.*

* Zur Vertiefung siehe:

<https://www.inprekorr.de/504-fi-gruend.htm> und
<https://inprekorr.de/504-fi-uebp.htm>

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 03.09.2018, 19:00 Uhr, Veranstaltung zum Antikriegstag, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 06.09.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 20.09.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 20.09.2018, 19:00 Uhr, Philippinen-Veranstaltung, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 21.09.2018, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend, MA
- SA, 29.09.2018, 13:00 Uhr, ISO-Sommerseminar „Räte – das verdrängte Erbe der Pariser Kommune“, MA

Vorankündigungen:

- SA, 13.10.2018, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 27.10.2018; 19:00 Uhr, Konzert 15 Jahre Alstom-Chor, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 09.11.2018, 19:30 Uhr, 100 Jahre Novemberrevolution, Cinema Quadrat MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

